



# Türkische Völkermordleugner-Demo in Berlin



[Die Fotos hier](#) zeigen die Teilnehmer einer heutigen Demo von türkischen Nationalisten auf der Straße des 17. Juni in Berlin, bei der der Völkermord

an den Armeniern geleugnet wurde. Unsere „Qualitätsmedien“ berichten über diese türkische Machtdemonstration in der deutschen Hauptstadt nicht. Aufgerufen zu der Demo hat unter anderem die [imperialistische türkische Gemeinde](#) zu Berlin (Präsident Bekir Yilmaz ist übrigens [SPD-Mitglied](#)) und auch die Ditib. Auch das türkische Generalkonsulat hat [per Video-Film](#) die Genozid-Leugner-Demo beworben.



# Türkische Medien: Ist Gauck noch bei Verstand?



Nun, das haben wir uns auch schon sehr oft gefragt, diesmal allerdings hat er zumindest in Teilen etwas Richtiges gesagt. Auf Einladung der Evangelischen Kirche in

Deutschland, der Deutschen Bischofskonferenz, der Armenischen Apostolischen Kirche und der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen hielt Bundespräsident Joachim Gauck am Donnerstag beim Gedenkgottesdienst zum Massaker der Osmanen an den Armeniern vor 100 Jahren, dem schätzungsweise bis zu 1,5 Millionen Menschen zum Opfer fielen, eine Rede, worin er die Tat als Völkermord bezeichnete. Das türkische Außenministerium ließ daraufhin verlauten, Gauck habe keine Befugnis, der türkischen Nation Schuld anzulasten, die den rechtlichen und historischen Fakten widerspreche.

*(Von L.S.Gabriel)*

„Das Schicksal der Armenier steht beispielhaft für die Geschichte der Massenvernichtungen, der ethnischen Säuberungen, der Vertreibungen, ja der Völkermorde, von der das 20. Jahrhundert auf so schreckliche Weise gezeichnet ist“, hatte Gauck unter anderem formuliert.

Der türkische Staatschef Recep Tayyip Erdogan hingegen sagte am Donnerstag: „Die armenischen Behauptungen zu den Ereignissen von 1915 entbehren jeder Grundlage“.

Gauck sprach auch von einer „geplanten und systematischen Mordaktion“ und einer „genozidalen Dynamik“. Das gefällt den Türken nun gar nicht. Die „Hürriyet“ ist „schockiert“. Das AKP-Propagandablatt „Yeni Safak“ nennt Gaucks Rede eine „Unverschämtheit“ und schreibt, er habe eine Grenze überschritten.

Nun könnte man, als durch die präsidentialen Aussagen Gaucks vielfach geschädigter Bürger, erfreut sein ob einer einmal gelungenen Stellungnahme. Aber es wäre nicht der Deutschland verachtende Bundespastor, hätte er nicht auch diese Rede genutzt, um Deutschland mit Schmutz zu bewerfen. Denn er ortet auch hier eine deutsche „Mitschuld“: „In diesem Fall müssen auch wir Deutsche insgesamt uns noch der Aufarbeitung stellen, wenn es nämlich um eine Mitverantwortung, unter Umständen sogar Mitschuld, am Völkermord an den Armeniern geht“, so Gauck.

[Radio Vatikan](#) schreibt:

*Deutsche Militärs seien „an der Planung und zum Teil auch an der Durchführung der Deportationen beteiligt gewesen“, führte der Bundespräsident aus, der sich für eine „Anerkennung historischer Tatsachen und damit auch einer historischen Schuld“ aussprach. Das Schicksal der Armenier stehe „beispielhaft für die Geschichte der Massenvernichtungen, der ethnischen Säuberungen, der Vertreibungen, ja der Völkermorde, von der das 20. Jahrhundert auf so schreckliche Weise gezeichnet ist.“ Damit hielt sich der Präsident exakt an die nach einigem Hin und Her mit der Bundesregierung vereinbarte Sprachregelung.*

Das türkische Außenministerium ließ ausrichten: das türkische Volk werde Gaucks Äußerungen „nicht vergessen und nicht vergeben“.

Das deutsche Volk auch nicht. Ein Präsident, der wirklich keine Gelegenheit auslässt das eigene Volk durch den Dreck zu

ziehen, es in seinen Reden unablässig als ewig schuldig am Elend der Welt darzustellen sucht, steht nicht vor dem Volk, sondern allenfalls in aller verachtender Überheblichkeit über ihm. Wie lange es wohl dauern wird, bis wir das devotkalmierende Zurückrudern Gaucks, das Wort Völkermord betreffend, erleben werden?

Am besten für Deutschland wäre es, die Türkei holte alle hier auf Kosten des deutschen Steuerzahlers sich in den Sozialtöpfen wohlfühlenden und an der deutschen Wertschöpfung ohne Gegenleistung partizipierenden Türken, aber ganz besonders alle türkischen Gewalt- und Straftäter nach Hause, wo sie niemandem etwas zu verzeihen haben und sich nicht beleidigt fühlen müssen. Am besten sie nehmen Gauck gleich mit.

Video der Gauck-Rede (schlechte Tonqualität):

» Die [Rede im Wortlaut](#)

---

## **Minister Gerd Müller an Welt: Ey, what ai patty!**

CSU-Trottel Gerd [Müller from Tschörmänni in Washington!](#)

---

# Broder: Steinmeier – von nichts eine Ahnung!



Alle nennen den Völkermord an den Armeniern einen Völkermord. Nicht so der Außenminister. Er warnt vor einer „Verharmlosung des Holocaust“. Was will er uns damit nur

sagen? (Fortsetzung [in der WELT](#). Das Ferkel hat gestern aber auch geschwiegen!)

---

## Chemnitz startet Gehirnwäsche-Kampagne

Da im Osten Deutschlands zum Ärger der herrschenden Kaste naturgemäß vielfach noch ein ausgeprägtes Gefühl für Heimat, Vaterland, Demokratie und Meinungsfreiheit feststellbar ist, das in den PEGIDA-Demonstrationen seinen beeindruckenden Niederschlag findet und die politischen Volksverräter in Panik versetzt, sehen sich diese nunmehr veranlasst, in Kindergärten, Familienzentren und Jugendämtern eine politische Umerziehungs-Gehirnwäsche-Kampagne zu starten. Wie in Hitler-Deutschland muss man mit der Umerziehung zum hörigen Untertanen ja bekanntlich so früh wie möglich beginnen.

(Von Verena B., Bonn)



So sollen die vom Steuerzahler finanzierten Mitarbeiter von Kitas, Familienzentren und Jugendämtern jetzt „besser auf den Umgang mit Eltern vorbereitet werden, die starke rechte oder fremdenfeindliche Einstellungen“, also ein falsches nationales Weltbild haben. [Ein „Qualifizierungsprogramm, das im Juni in Chemnitz](#) gestartet werden soll, will Pseudo-Pädagogen und – Sozialarbeiter für die Auseinandersetzung schulen. Das Pilotprojekt, das von der [Bundeszentrale für politische Bildung](#) und der Flick-Stiftung (!) finanziert wird, zielt auf den Umgang mit Eltern ab, die „starke Vorurteile gegenüber Ausländern, anderen Kulturen (welchen?), Religionen (welchen?) und gegen Homosexualität zeigen und diese Einstellung an ihre Kinder weitergeben“, erläutert Projektleiter Lars Schäfer vom Berliner Träger „Violence Prevention Network“. Der Diplom-Sozialpädagoge, Mediator, Antigewalttrainer, Supervisor und Organisationsentwickler arbeitet gleichzeitig auch im Team des Instituts für genderreflektierte Gewaltprävention (ifgg) mit und ist selbstverständlich dem „Diversity“-Aspekt der Vielfalt und Buntheit von Conchita Wurst verpflichtet.

Der verständnisvolle und mitleidige Herr Schäfer betont, in der Mehrzahl der Fälle handle es sich nicht um klassische Rechtsextreme, sondern um Eltern, die unüberlegt oder aufgrund mangelnder Aufklärung rassistischen Vorurteilen anhängen oder wiederholt intolerante Einstellungen an den Tag legen. Hellhörig sollten Pädagogen laut Schäfer zum Beispiel werden, wenn sich Eltern darüber beklagen, dass es in der Kita ihres Kindes „immer nur ausländisches Essen“ gibt oder darüber, dass die Erzieher nicht einschreiten, wenn „Jungs in Mädchenklamotten rumlaufen“. Deutlicher werde eine rechtsgerichtete Haltung, wenn Väter oder Mütter sich über die Aufnahme fremdländisch aussehender, behinderter oder muslimischer Kinder beschwerten oder dem eigenen Nachwuchs verbieten, mit bestimmten Kindern in der Kita zu spielen. Spätestens dann sollten die Pädagogen eingreifen.

In den Fortbildungen lernen Erzieher und Sozialarbeiter laut

Schäfer, „wie Eltern, die intolerante, fremdenfeindliche bis zu rechtsextremen Einstellungen zeigen, anzusprechen sind und wie ein Dialog zustande kommen kann, ohne mit Verboten oder einem Ausschluss zu drohen“. „Moralpredigten“ seien in diesen Fällen wirkungslos.

Stattdessen müsse den Vätern und Müttern bewusst gemacht werden, dass es schädlich für die Entwicklung ihres Kindes ist, „wenn es in Kita, Hort oder Schule fremdenfeindliche Sprüche bringt oder gegenüber anderen Kinder gewalttätig wird“, denn dies führe zur Isolierung des Kindes. „Diese Kinder leiden unter einem Loyalitätskonflikt, weil sie zuhause andere Dinge beigebracht bekommen als in der Einrichtung“, verdeutlicht der Herr Schäfer seinen dummen Schafen.

Anlass für die Fortbildung seien wiederholte Nachfragen von Sozialarbeitern aus der Region, wie die Koordinatorin des Lokalen Aktionsplans für Demokratie und Toleranz in Chemnitz (LAP), Ines Vorsatz, erläutert. „Viele Pädagogen berichten uns, dass sie Probleme haben, sich mit diesen Eltern auseinanderzusetzen, weil sie bei ihnen mit den üblichen Argumentationsmustern nicht weiterkommen“. Die Vize-Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in Sachsen, Astrid Axmann, betont, es handle sich um ein relativ neues Problem, das „punktuell“ in verschiedenen Regionen Sachsens durchaus anzutreffen sei. In der Staatsregierung ist die Problematik indes noch wenig geläufig. Aus den zuständigen Ministerien heißt es, bislang habe sich die Präventionsarbeit vorrangig auf jene Eltern konzentriert, deren Kinder in die rechtsextreme Szene abgedriftet seien.

Das Programm „Kommunales Mentoring“ (Komment) wird vom Lokalen Aktionsplan für Demokratie und Toleranz (LAP) der Stadt Chemnitz ausgerichtet. Die in fünf Einheiten gegliederte Qualifizierung richtet sich unter anderem an Mitarbeiter der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe sowie von Frauenhäusern, Schwangerschaftsberatungen und der Geburtshilfe. Träger ist die Berliner Organisation „Violence Prevention Network“, die

auf dem Gebiet der Deradikalisierung arbeitet.

Sehr erstaunlich ist es, dass [dieses Netzwerk](#) auch Präventionsprojekte zur Ent-Radikalisierung von Korangläubigen durchführt. Seit Juli 2014 arbeitet das Netzwerk im Rahmen des Hessischen Präventionsnetzwerks gegen Salafismus in der Beratungsstelle HESSEN mit islamistisch Radikalisierten, Ausreisewilligen und Rückkehrern sowie deren Angehörigen. Darüber hinaus führt Violence Prevention Network Deradikalisierungstrainings in der JVA Wiesbaden durch. Im Bereich Radikalisierungsprävention bietet das Netzwerk Workshops in Schulen an zur „Grundimmunisierung“ von Jugendlichen gegen Islamismus sowie Fortbildungen für MultiplikatorInnen im Umgang mit Extremismus in Jugendhilfe und Schule.

Muslimische Kinder und Jugendliche werden bekanntlich in zahlreichen Schulen, zum Beispiel der weithin unbekannt und nicht organisierten großen Gülen-Bewegung erfolgreich in Richtung auf einen nationalistischen und verfassungsfeindlichen Islam abgerichtet. Eine erfolgreiche Indoktrinierung fand unter anderem auch in Mülheim an der Ruhr statt, wo der [mutmaßliche IS-Terrorist](#) Nezet S. jetzt am 1. Juli vor Gericht steht.

Wie die Westdeutsche Allgemeine Zeitung kurz nach seiner Verhaftung berichtete, fiel Nezet S. bereits im März 2014 in einem Mülheimer Berufskolleg auf, weil er Mitschüler zum Koran drängte und zum Sportunterricht barfuß und mit dem Gebetsteppich unter dem Arm erschien. Nachdem er deswegen kurzzeitig von der Schule suspendiert wurde, rief er zum öffentlichen Protestgebet auf. Wegen „exzessiver Religionsausübung während der Unterrichtszeiten“ wurde er dann von der Schule verwiesen.

Wie aus zuverlässiger Quelle bekannt ist, erfreute sich besagter Nezet S. bei den muslimischen Schülern des Berufskollegs Lehnerstraße größter Beliebtheit. Erschreckend



ist hierbei, dass sich die als „gemäßigt“ geltenden Schüler aus unterschiedlichen arabischen Ländern und aus der Türkei immer mehr für diesen Dschihadisten begeistern und somit als großes potenzielles Bedrohungspotenzial für den deutschen Rechtsstaat angesehen werden müssen.

Die Autorin stellt sich eine Mitarbeit in diesem Netzwerk sehr schwierig vor: Einerseits soll gegen freiheitliche Menschen (sogenannte „Rechtsextreme“ und „Nazis“) gekämpft werden, die vor dem Terror-Unterwerfungs-Islam warnen, andererseits soll der Terror-Unterwerfungs-Islam der Islam-Nazis bekämpft werden. Aber für Geld tut der Mensch ja bekanntlich alles, auch wenn er gar nicht weiß, was er tut.

#### Kontakt:

Violence Prevention Network e. V.

Alt-Moabit 73, 10555 Berlin

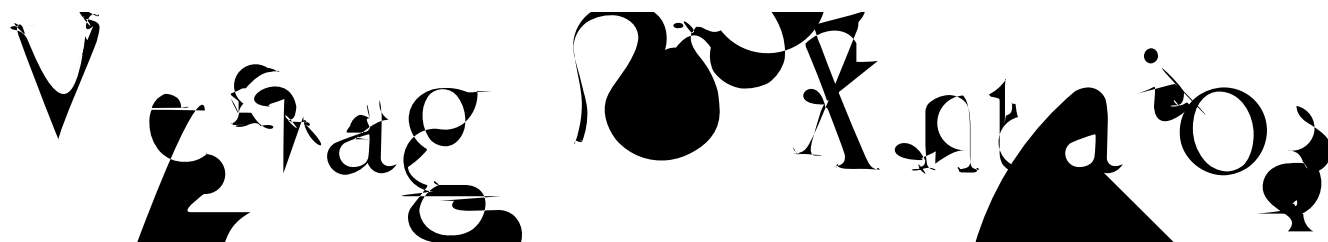
» E-Mail: [post@violence-prevention-network.de](mailto:post@violence-prevention-network.de)

Projektleiter – Rechtsextremismusprävention: Lars Schäfer

» E-Mail: [lars.schaefer@violence-prevention-network.de](mailto:lars.schaefer@violence-prevention-network.de)



## **Die Sprache der BRD: „Gesicht zeigen“**



»Gesicht zeigen« ist eine Forderung, die sich

selbstverständlich nicht an Burka- oder Niqabträgerinnen richtet (eine solche Forderung wäre in der BRD-Terminologie islamophob), sondern die Aufforderung enthält, sich öffentlich »für ein weltoffenes Deutschland«, »gegen Rechtsextremismus«, »gegen Xenophobie, Rassismus, Antisemitismus« und jede Form »rechter Gewalt« oder auch ganz einfach »gegen Rechts« zu engagieren, also zu dokumentieren, daß man mit den Bekenntnisforderungen praktisch aller gesellschaftlichen Großorganisationen, von Parteien und Regierungen bis hin zu Banken und Sportverbänden, konform geht.

Es handelt sich um die BRD-Version des DDR-Slogans »Sag mir, wo du stehst«. Das verlogene Pathos, mit dem hier suggeriert wird, es handele sich um einen Akt der Zivilcourage, verdeckt in beiden Fällen, daß in der BRD so wenig wie in der DDR Mut dazu gehörte, sich dieser Forderung zu beugen, wohl aber dazu, sich ihr zu verweigern.

---

*Die Erklärung stammt aus dem neuen Buch „Die Sprache der BRD. 131 Unwörter und ihre politische Bedeutung“ von Manfred Kleine-Hartlage und kann bei [Antaios.de](http://Antaios.de) bestellt werden)*

---

## **Chemnitz: „Bereicherer“ greift Zehnjährige an**

Als die Zehnjährige den Hauseingang erreicht hatte, sei sie von einem Mann angegriffen und gegen die Tür gedrückt worden, die wieder ins Schloss gefallen war, erzählt die alleinerziehende Mutter. Der Mann habe das Mädchen am Arm festgehalten und versucht, in ihre Jackentasche zu greifen, fügt sie hinzu. Dann sei ein Mann aus dem Nachbargaß

dazugekommen, der den Vorfall gesehen hatte. Der unbekannte Angreifer habe von ihrer Tochter abgelassen und sei davongelaufen, sagt Ranft. „Für mich war das ein Raubüberfall.“

Weil der herbeigeeilte Nachbar und ihre Tochter den mutmaßlichen Täter als Ausländer geschildert haben, sei sie sicher, dass es sich um einen Asylbewerber handele. In der Nähe befindet sich das Wohnhotel Kappel, eine Unterkunft für Flüchtlinge, die die Landesdirektion angemietet hat, weil die Kapazitäten der Erstaufnahmeeinrichtung in Ebersdorf ausgeschöpft sind.

Die Polizei bestätigt den Verdacht nicht. „Wir ermitteln gegen einen unbekanntes Täter, der nach der Beschreibung der Zeugen Ausländer gewesen sein soll“, sagt Sprecherin Heidi Hennig.

*(Auszug aus einem Artikel der [Freien Presse](#))*

---

Weitere Bereicherungen in Form von Vergewaltigungen:

In München steht ein [23-Jähriger „Flüchtling“](#) aus Mali vor Gericht, der eine wegen Drogenmissbrauchs hilflose Frau vergewaltigt hat. In Straubing wurde ein [21-Jähriger Iraker](#) (Flüchtling?) für die Vergewaltigung einer 17-Jährigen verurteilt. In Offenbach sucht man aktuell nach einem [Nordafrikaner](#), der eine Fotografin vergewaltigt hat.

Abschließend noch ein Abstecher nach Schwaben, wo die Polizei gegen Drogenfachkräfte vorging:

Die Staatsanwaltschaft Ravensburg ermittelt derzeit gegen vier Bewohner des Leutkircher Asylbewerberheims in der Memminger Straße wegen des dringenden Verdachts des Drogenbesitzes und -handels. Zeitgleich mit der Razzia in Leutkirch fand eine solche auch in der Ravensburger Unterkunft für Asylbewerber statt. Dort wird gegen acht Afrikaner ermittelt, die im

Verdacht stehen, gewerbsmäßigen Handel mit Rauschgift zu betreiben und dabei auch an Minderjährige Betäubungsmittel abzugeben. Bei der Durchsuchung in Ravensburg wurden portioniertes und verkaufsfertiges Marihuana und Dealergeld sowie Diebesgut gefunden, berichtet die [Schwäbische.de](https://www.swaebische.de)